

Gemeinsame Sicherheit 2022



**COMMON
SECURITY 2022**
FOR OUR SHARED FUTURE



ITUC CSI IGB

**OLOF PALME
INTERNATIONAL
CENTER**



Deutsche Fassung vom 14.4.2022
erstellt von:

International Peace Bureau
Marienstr. 19-20
D-10117 Berlin
info@ipb-office.berlin

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	2
Einleitung.....	4
Gemeinsame Sicherheit 2022: Die Grundsätze.....	6
Ein Aufruf zum Handeln.....	6
Empfehlungen.....	7
1. Stärkung der globalen Architektur für den Frieden.....	8
2. Eine neue Friedensdividende - Abrüstung und Entwicklung.....	9
3. Wiederbelebung der nuklearen Rüstungskontrolle und Abrüstung.....	11
4. Neue Militärtechnologien und Weltraumwaffen.....	12
Die Olof-Palme-Kommission und das Konzept der gemeinsamen Sicherheit.....	12
Gemeinsame Sicherheitsrisiken heute.....	13
Herausforderungen für den Multilateralismus in einer multipolaren Welt.....	14
Globale Erwärmung und die Klimakrise.....	16
Ungleichheit.....	17
Aktuelle und zukünftige Pandemien.....	19
Autoritäre Regime - der demokratische Raum schrumpft.....	20
Militarisierung.....	21
Anhang.....	23
Anhang 1A - Hochrangige Beratende Kommission.....	23
Anhang 1B - Lenkungsausschuss.....	24
Anhang 2 - Zusammenfassung der Webinare.....	24
Anhang 3 - Grundsätze der Palme-Kommission.....	27
Anhang 4 – Wichtige globale Dokumente.....	27

Vorwort

Wenn wir morgens in die Nachrichten schauen, werden wir mit Bildern konfrontiert, die die schreckliche Grausamkeit von Kriegen zeigen, mit extremen Wetterereignissen, die Menschen obdachlos machen, und mit Berichten über die zunehmende Armut aufgrund der COVID-19-Pandemie. Wir müssen die internationale Ordnung in den Griff bekommen, um Kriege zu verhindern, die globale Erwärmung aufzuhalten, eine Pandemie zu bekämpfen und globale Herausforderungen zu bewältigen. Für unsere gemeinsame Zukunft.

In Zeiten akuter Krisen muss es diejenigen geben, die nach vorne blicken und eine Vision von einer besseren Zukunft geben können. Vor vierzig Jahren waren die Beziehungen zwischen den Supermächten auf dem Tiefpunkt. Die Gefahr eines verheerenden Atomkriegs war groß. In dieser Situation legte eine internationale Kommission unter der Leitung von **Olof Palme** einen Bericht vor, der zeigte, dass Sicherheit etwas ist, das wir gemeinsam schaffen. Immer stärkere Waffen sind keine Lösung. Das Konzept der gemeinsamen Sicherheit wurde eingeführt. Diese Denkweise sollte bei künftigen Abrüstungsverhandlungen und diplomatischen Gesprächen eine Rolle spielen.

Ausgehend vom Konzept der gemeinsamen Sicherheit hat die Initiative **Common Security 2022** die Welt, in der wir heute leben, und einige der großen Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht, analysiert. Ich hoffe, dass Sie bei der Lektüre dieses Berichts mehr Optimismus für die Zukunft verspüren werden. Es ist möglich, die Welt besser zu machen, wenn wir es gemeinsam tun.

Die Idee zu diesem Projekt entstand bei einem Gespräch zwischen mir und Philip Jennings, dem Ko-Präsidenten des Internationalen Friedensbüros, im Februar 2020. Common Security 2022 hat mit begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen gearbeitet. Da jedoch viele ihre Begeisterung und ihre Bereitschaft gezeigt haben, ihr Wissen einzubringen, haben wir dieses Dokument gemeinsam erstellt. Der Internationale Gewerkschaftsbund ITUC, das Internationale Friedensbüro und das Olof Palme International Center sind drei unterschiedliche Organisationen, aber wir alle teilen die Vision einer friedlicheren Welt.

Ich möchte allen Mitgliedern unserer hochrangigen Beratungskommission herzlich für die Zeit danken, die sie für die Teilnahme an den Sitzungen und für ihre Beiträge zu diesem Bericht aufgewendet haben. Die Kommission besteht aus einer hochqualifizierten und sehr erfahrenen Gruppe von Menschen aus der ganzen Welt. Das kollektive Wissen innerhalb der Kommission ist es, was diese Initiative so einzigartig macht. Ich möchte mich auch bei allen bedanken, die an der Webinarreihe zur gemeinsamen Sicherheit 2022 teilgenommen haben. Die Webinare haben uns wertvolles Fachwissen und Einsichten vermittelt, die sich in diesem Bericht widerspiegeln. Meinen Kolleginnen und Kollegen im Lenkungsausschuss danke ich für ihre Zeit, ihren Einsatz und ihr Engagement. Aber es gibt zwei Personen, denen ich ganz besonders herzlich danken möchte: Björn Lindh, unserem Koordinator, und Clare Santry, unserer Redakteurin. Ohne Sie beide hätten wir das nie geschafft.

Diese Initiative endet nicht mit der Vorlage dieses Berichts. Vielmehr sollte sie als der Beginn einer Arbeit gesehen werden, die noch lange weitergehen muss. Unsere Welt ist in Gefahr, aber zusammen können wir unsere gemeinsame Sicherheit aufbauen.

Anna Sundström, Generalsekretärin Olof Palme Internationales Zentrum

Einleitung

Die Welt steht an einem Scheideweg. Sie steht vor der Wahl zwischen einer Existenz auf der Grundlage von Wettbewerb und Aggression oder einer Existenz, die auf einer transformativen Friedensagenda und gemeinsamer Sicherheit beruht. Im Jahr 2022 ist die Menschheit mit den existenziellen Bedrohungen eines Atomkriegs, des Klimawandels und von Pandemien konfrontiert. Hinzu kommt eine giftige Mischung aus Ungleichheit, Extremismus, Nationalismus, geschlechtsspezifischer Gewalt und schrumpfendem demokratischen Raum. Wie die Menschheit auf diese Bedrohungen reagiert, wird über unser Überleben entscheiden.

In diesem Jahr jährt sich zum 40. Mal der Gründungstag der **Unabhängigen Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen** von Olof Palme. Die Kommission, die 1982 auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges eingesetzt wurde, entwickelte das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit - die Idee, dass Nationen und Bevölkerungen sich nur sicher fühlen können, wenn sich auch ihr Gegenüber sicher fühlt. Die Palme-Kommission legte eine Reihe von "Grundsätzen" fest - unter anderem, dass alle Nationen ein Recht auf Sicherheit haben, dass militärische Gewalt kein legitimes Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Nationen ist und dass Rüstungsreduzierungen und -begrenzungen für die gegenseitige Sicherheit notwendig sind.¹ Die Palme-Kommission erklärte, dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf - eine Prämisse, auf die sich die P5-Gruppe der nuklear bewaffneten Nationen erst kürzlich im Januar 2022 geeinigt hat.²

Unser neuer Bericht **Gemeinsame Sicherheit 2022** erscheint zu einer Zeit, in der die internationale Ordnung vor großen Herausforderungen steht. Wir sind Zeugen einer globalen Krise, die durch die Unfähigkeit gekennzeichnet ist, den Klimawandel zu stoppen, ein lückenhaftes und ungleiches globales Vorgehen gegen die COVID-19-Pandemie und eine lange Liste von Konflikten, bei denen die internationale Gemeinschaft versagt hat. Schon vor dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie fühlten sich mehr als sechs von sieben Menschen weltweit unsicher.³

Unsere gemeinsamen Systeme und Strukturen - die notwendig sind, um Sicherheit zu gewährleisten, Armut und Ungleichheit zu bekämpfen und menschliches Leid zu verhindern - sind unzureichend und werden häufig ignoriert oder verletzt. Die Zukunft der Menschheit hängt davon ab, dass wir die angeschlagene globale Ordnung in Ordnung bringen. Wenn es uns nicht gelingt, unsere gemeinsamen Systeme zu reparieren, werden wir auch im Kampf gegen die Klimakrise und künftige Pandemien scheitern.

Das globale Sicherheitssystem steht auf der Kippe. Im Bericht des UN-Generalsekretärs **Unsere gemeinsame Agenda** heißt es: "*Die Menschheit steht vor einer dringenden Entscheidung: Zusammenbruch oder Durchbruch*".⁴

1 Siehe Anhang 4 der „Grundsätze“ in voller Länge

2 **The White House** (3.1.2022) *Joint Statement of the Leaders of the Five Nuclear-Weapon States on Preventing Nuclear War and Avoiding Arms Races*. | Quelle: <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/01/03/p5-statement-on-preventing-nuclear-war-and-avoiding-arms-races/>

3 **UNDP** (2022) *New threats to human security in the Anthropocene: Demanding greater solidarity*. | Quelle: <https://hdr.undp.org/sites/default/files/srhs2022.pdf>

4 **UNO** (2021) *Our Common Agenda – Report of the Secretary-General*. | Quelle: <https://www.un.org/en/content/common-agenda-report/>

Dieser drohende Zusammenbruch sollte ein Weckruf für die Welt sein.

Seit der Palme-Kommission hat es mehrere Kriege und militärische Angriffe gegeben, die eine eklatante Missachtung des Völkerrechts darstellen, wie etwa im Irak, im Jemen und zuletzt in der Ukraine.

Die russische Invasion in der Ukraine im Februar 2022, während dieser Bericht fertiggestellt wurde, stellt einen katastrophalen Zusammenbruch der gemeinsamen Sicherheit dar. Sie hat zu einem entsetzlichen Verlust an Menschenleben, Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen und zu globalen wirtschaftlichen Erschütterungen geführt. Es ist eine schreckliche Erinnerung an die Zerbrechlichkeit des Friedens.

Dieser Zusammenbruch der Sicherheit unterstreicht, wie wichtig die internationale Zusammenarbeit und die Achtung des Völkerrechts sind. Das derzeitige Regime muss überarbeitet werden, um Kriege zu verhindern und die gemeinsamen Sicherheitsinteressen aller Staaten zu wahren.

Die Militarisierung der Welt schreitet voran, die Militärausgaben steigen rapide an, begleitet von nuklearen Bedrohungen. Nukleare und militärische Abschreckungsstrategien haben jedoch kategorisch versagt, um Frieden und Stabilität zu erreichen. Es ist Zeit für eine Erneuerung des globalen Sicherheitssystems auf der Grundlage gemeinsamer Sicherheitsprinzipien. Wir brauchen jetzt mehr denn je ein starkes und effizientes multilaterales System für Frieden und Sicherheit.

Um das Ruder herumzureißen, müssen wir:

- Die UN-Charta auf der Grundlage der Rechte und Pflichten von "uns, den Völkern" bekräftigen.⁵ Internationale Zusammenarbeit und die Achtung des Völkerrechts müssen für alle Staaten von grundlegender Bedeutung sein.
- Den Aufruf des UN-Generalsekretärs zu einem weltweiten Waffenstillstand als Ausgangspunkt für Friedensprozesse in verschiedenen Regionen der Welt wiederbeleben und umsetzen.
- Die Achtung des humanitären Völkerrechts muss angesichts des zunehmenden Schadens, der der Zivilbevölkerung in den jüngsten Konflikten zugefügt wird, dringend gestärkt werden.
- Erkennen Sie, dass Frieden und Sicherheit in der Welt gemeinsam geschaffen werden - wenn Ihr Gegenüber nicht sicher ist, werden auch Sie nicht sicher sein. Das in der UN-Charta verankerte Verbot der Gewaltanwendung und die Unverletzlichkeit der Grenzen müssen geachtet werden.⁶
- Erkennen Sie an, dass die Gefahr eines Atomkriegs und der Klimawandel existenzielle Bedrohungen für die Menschheit darstellen.
- Stärkung des Vertrauens zwischen Staaten und Völkern, damit Länder mit unterschiedlichen Systemen, Kulturen, Religionen und Ideologien gemeinsam an globalen Herausforderungen arbeiten können.

5 UN-Charta 1945, Präambel | Quelle: <https://www.un.org/en/about-us/un-charter/preamble>

6 UN-Charta 1945, Artikel 2 (4) | Quelle: <https://www.un.org/en/about-us/un-charter/chapter-1>

- Aufbau einer Weltordnung, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Es gibt keine Entwicklung ohne Frieden und keinen Frieden ohne Entwicklung. Und beides ist ohne die Achtung der Menschenrechte nicht möglich.
- Gewährleistung einer integrativen Regierungsführung auf allen Ebenen der Gesellschaft, um die demokratischen Grundsätze und die Einbeziehung von Frauen, jungen Menschen und Minderheiten zu gewährleisten.

Vierzig Jahre nach der ursprünglichen Palme-Kommission erfordern die Herausforderungen unserer eng verflochtenen globalen Gesellschaft mehr denn je Zusammenarbeit und Partnerschaft anstelle von Isolation und Misstrauen. Bei der Gemeinsamen Sicherheit geht es um Menschen, nicht nur um Nationen. Jetzt, im Jahr 2022, ist es an der Zeit, darüber nachzudenken, ob die Gemeinsame Sicherheit dazu beitragen kann, uns vom Abgrund zurückzubringen.

Gemeinsame Sicherheit 2022: Die Grundsätze

Obwohl die Welt heute ganz anders aussieht als vor vierzig Jahren, wurde im Rahmen des Projekts **Common Security 2022** geprüft, ob das ursprüngliche Konzept der Gemeinsamen Sicherheit weiterhin Bestand hat und wie es angepasst werden kann, damit es für unsere Zeit relevant und sachdienlich ist. Vor diesem Hintergrund haben wir sechs neue Grundsätze für die Gemeinsame Sicherheit aufgestellt. Diese Grundsätze bewahren den Geist der Palme-Kommission, spiegeln aber die neuen Bedrohungen und die Komplexität der modernen Welt wider.

1. Alle Menschen haben das Recht auf menschliche Sicherheit: Freiheit von Furcht und Freiheit von Not
2. Der Aufbau von Vertrauen zwischen Nationen und Völkern ist eine Grundvoraussetzung für eine friedliche und nachhaltige menschliche Existenz
3. Es kann keine gemeinsame Sicherheit geben ohne nukleare Abrüstung, strenge Beschränkungen für konventionelle Waffen und reduzierte Militärausgaben
4. Globale und regionale Zusammenarbeit, Multilateralismus und Rechtsstaatlichkeit sind entscheidend für die Bewältigung vieler Herausforderungen in der Welt
5. Dialog, Konfliktverhütung und vertrauensbildende Maßnahmen müssen an die Stelle von Aggression und militärischer Gewalt als Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten treten
6. Bessere Rechtsetzung, internationales Recht und verantwortungsvolle Regierungsführung müssen auch auf neue Militärtechnologien ausgedehnt werden, wie z.B. im Bereich des Cyberspace, des Weltraums und der "*künstlichen Intelligenz*".

Ein Aufruf zum Handeln

Die Abkehr von der Idee der nuklearen Abschreckung als Grundlage der internationalen Sicherheit ist dringender denn je. Die nuklearen Drohungen der Staaten offenbaren die fadenscheinige Grundlage, auf der die nukleare Abschreckung angeblich funktioniert. Die Menschheit wird einen Atomkrieg nicht

überleben, und wir können uns auch nicht auf einen Atomkrieg vorbereiten oder seine Folgen abmildern. Es muss also ein alternativer Weg gefunden werden. Es muss ein positives und kooperatives Sicherheitskonzept entwickelt werden, das den Menschen und Regierungen ein Gefühl der Sicherheit vermittelt. Gemeinsame Sicherheit ist die Alternative zu nuklearem Wettbewerb und der Bedrohung durch Massenvernichtung.

Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, dass eine globale Krise ohne internationale Zusammenarbeit nur sehr schwer zu bewältigen ist. Inkrementelle Veränderungen reichen nicht aus, um die Menschheit zu retten. Die Maßnahmen auf Regierungsebene müssen durch Maßnahmen auf der Ebene der lokalen Gemeinschaften ergänzt werden. Es muss ein neuer Gesellschaftsvertrag geschlossen werden, und ein neuer Friedensdialog sollte an die Stelle des Narratives von Militarisierung und Wettbewerb treten. Dieser Ansatz sollte Rechenschaftspflicht, Überprüfung und Transparenz in den Mittelpunkt stellen.

Gemeinsame Sicherheit erfordert nicht nur Maßnahmen der Regierungen, sondern auch der nationalen Parlamente und der Zivilgesellschaft - einschließlich der NRO, der Bewegungen für soziale Gerechtigkeit und Frieden, der Glaubensgemeinschaften, der Frauen- und Jugendbewegungen und der Gewerkschaften. Darüber hinaus hat der Unternehmenssektor die Verantwortung, die Menschenrechte zu respektieren und zur menschlichen Sicherheit beizutragen, wie es in den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte festgelegt ist.⁷

Es besteht ein dringender Bedarf an Institutionen und Gesetzen, die die Bürgerinnen und Bürger und nicht nur die Politiker und Entscheidungsträger in grenzüberschreitende Diskussionen, einen gerechteren Handel, Lösungen für das Problem des Klimawandels, die Verringerung der Ungleichheit sowie die Friedens- und Vertrauensbildung einbeziehen und beteiligen. Die Zivilgesellschaft muss als Wachhund, als motivierende Kraft und als Gegengewicht zu politischem Gehabe fungieren - mit Unterstützung der in bestehenden und neuen Verträgen enthaltenen Überprüfungs- und vertrauensbildenden Maßnahmen. Darüber hinaus müssen Nichtregierungsorganisationen eine aktive Rolle bei der Lobbyarbeit und Bewusstseinsbildung spielen - nicht nur in Bezug auf die gemeinsame Sicherheit, sondern auch in Bezug auf Militarisierung, gerechte Konversion und darüber hinaus. Der Dialog auf diplomatischer Ebene sollte auch die organisierte Zivilgesellschaft einbeziehen - sowohl neben dem Regierungsdialog als auch unabhängig davon.

Die Kriegsgefahr und ihre Folgen sind im Laufe der Jahre nicht geringer geworden. Aber politischer Wille, die Macht der Menschen und eine kollektive Haltung können zu einem Wandel führen. Es ist noch Zeit, innovativ und ehrgeizig zu sein, wenn es darum geht, die Sicherheit neu zu gestalten und unsere Welt neu zu entwerfen.

Empfehlungen

Die Empfehlungen der Gemeinsamen Sicherheitsstrategie 2022 sind Anhaltspunkte bzw. Schritte auf dem Weg zur Beseitigung der nuklearen Vernichtungsgefahr und zur Umkehrung des "Supertankers" des Krieges. Es sind praktische Schritte, die aber auch eine Vision für eine bessere, sicherere Welt aufzeigen. Sie zielen darauf ab, die Öffentlichkeit zu motivieren und einen positiven Einfluss auf die Poli-

⁷ UN Office of the High Commissioner for Human Rights (2011) *Guiding Principles on Business and Human Rights*. |
Quelle: https://www.ohchr.org/documents/publications/guidingprinciplesbusinessshr_en.pdf

ker und Entscheidungsträger zu haben, was notwendig und erreichbar ist. Es ist Sache anderer, diese Vorschläge voranzubringen - insbesondere der UNO mit einem breiteren Engagement der Zivilgesellschaft und nicht nur der Regierungen. Die Empfehlungen in diesem Bericht sind keineswegs vollständig oder das letzte Wort. Es bleibt noch viel zu tun, um Olof Palmes Vision der gemeinsamen Sicherheit zu verwirklichen.

Diese Empfehlungen stammen von den globalen Vordenkern und Experten, die an dem Projekt Common Security 2022 teilgenommen haben. Die Empfehlungen sollen über repräsentative Organisationen und Foren verbreitet werden - wie den UN-Sozialgipfel, das Weltsozialforum und das Weltwirtschaftsforum, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die UN-Abrüstungskonferenz (CD), die Münchner Sicherheitskonferenz und den Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union. Die Empfehlungen werden auch über die sozialen und traditionellen Medien, über Massenorganisationen und die Zivilgesellschaft wie Friedens- und Umweltaktivisten, Glaubensgemeinschaften, Gewerkschaften und die Frauen-, Jugend- und Bürgerrechtsbewegung sowie die Bewegung gegen Rassismus verbreitet werden.

Die Empfehlungen konzentrieren sich auf vier Hauptbereiche:

1. Stärkung der globalen Architektur für den Frieden
2. Eine neue Friedensdividende - Abrüstung und Entwicklung
3. Wiederbelebung der nuklearen Rüstungskontrolle und Abrüstung
4. Neue Militärtechnologien und Weltraumwaffen

1. Stärkung der globalen Architektur für den Frieden

Das multilaterale Modell ist in den letzten Jahren zunehmend unter Druck geraten. Es ist dringend notwendig, die Strukturen zu stärken, die den Frieden erhalten und Konflikte verhindern und bewältigen. Der Multilateralismus muss sich auch der kritischen Herausforderung des Klimawandels stellen und eine zweckmäßige globale Architektur für die Bereitschaft und Reaktion auf Pandemien schaffen.

1.1 Staaten davon abhalten, neue **Militärbündnisse** zu schließen.

- Bestehende Militärbündnisse überprüfen, wobei die Zusammenarbeit auf der Grundlage der gemeinsamen Sicherheit als Alternative dienen sollte.
- Regionale Gremien wie die Afrikanische Union, die Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC), der Südasiatische Verband für regionale Zusammenarbeit (SAARC), der Golf-Kooperationsrat und der Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) ermutigen, Rahmenwerke zu entwickeln, die die Grundsätze der gemeinsamen Sicherheit beinhalten und Strukturen aufzubauen, die zwischen verfeindeten Seiten vermitteln und Vertrauen schaffen können.

1.2 Aufbau oder Erneuerung einer globalen und regionalen **Friedensarchitektur** nach dem Vorbild der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

- Abhaltung eines Helsinki II-Prozesses im Jahr 2025 - 50 Jahre nachdem das erste Helsinki-Abkommen den Grundstein für die OSZE legte und vorschlug, dass Menschenrechte und Meinungsfreiheit die Grundlage des Friedens sein sollten.

1.3 Unterstützung für eine sofortige Wiederaufnahme der **strategischen Friedensgespräche** zwischen den USA und Russland sowie die Wiederaufnahme des strategischen Dialogs zwischen den USA und China mit dem Ziel der endgültigen Beseitigung aller Massenvernichtungswaffen.

1.4 Einbeziehung der **klimabedingten Sicherheitsrisiken** in die Konfliktprävention der Vereinten Nationen.

- Sich für die gemeinsame Nutzung umweltfreundlicher Technologien, die Umverteilung militärischer Ressourcen zur Bewältigung der Klimabedrohung und die Förderung alternativer Lösungen für Umweltprobleme einsetzen.
- Gerechtigkeit für die vom Klimawandel am stärksten betroffenen Nationen sicherstellen - durch Wiedergutmachung, Umsiedlung und Unterstützung von klimaresistenter Infrastruktur.

1.5 Einrichtung regelmäßiger **UN-Friedenskonferenzen** auf der Grundlage des UN-Berichts „*Unsere gemeinsame Agenda*“ nach dem Vorbild der Vertragsstaatenkonferenz des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC).

- Friedenskonferenzen alle drei Jahre, um die Fortschritte bei den Rüstungskontrollverträgen zu überprüfen, die Lücke im Friedensdialog zu schließen und Raum für zwischenstaatliche Vereinbarungen zu schaffen.
- Die Zivilgesellschaft in den Mittelpunkt der Diskussionen stellen, so wie es die dreigliedrige Internationale Arbeitsorganisation (IAO) in ihrer Arbeitsweise tut.

1.6 Ausweitung des Mandats und der **Ressourcen des Forschungsfonds** und der Kommission für Friedenskonsolidierung der Vereinten Nationen, um sie für internationale Dialogprozesse, zwischenmenschliche Kontakte und Zusammenarbeit sowie demokratische Mobilisierung zu nutzen.

- Verstärkte Ausrichtung des Forschungsfonds auf frauenspezifische Lösungen zur Friedenssicherung
- Nutzung des Forschungsfonds, um die Zahl der multidisziplinären, multikulturellen und multireligiösen Friedensuniversitäten, -hochschulen und -kongresse zu erhöhen und sicherzustellen, dass sie in konfliktgefährdeten Regionen und Nationen präsent sind.
- Jüngeren Generationen mit diesen Einrichtungen das Wissen, die Fähigkeiten und die Instrumente vermitteln, um Bedingungen und Institutionen für praktische Konfliktlösung und Frieden zu schaffen.

1.7 Stärkung der internationalen **Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit** durch die Festlegung eines Ziels für die 50-prozentige Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen internationaler Friedens- und Sicherheitsverpflichtungen.

1.8 Reform der Vereinten Nationen, um der Generalversammlung mehr Macht und Autorität zu verleihen - insbesondere in Sicherheitsfragen -, um zu vermeiden, dass einzelne Mitglieder das gesamte gemeinsame Sicherheitssystem der Vereinten Nationen lähmen.

2. Eine neue Friedensdividende - Abrüstung und Entwicklung

Die internationale Gemeinschaft muss einen Weg finden, um ein berechtigtes Interesse am Frieden zu schaffen, mit dem Ziel einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung. Dies bedeutet auch, dass innovative Wege gefunden werden müssen, um Ausrüstung und Fachwissen für friedliche Zwecke zu nutzen und den Übergang von Militärangehörigen in nichtmilitärische Berufe zu unterstützen - die Idee

der "*Umwandlung von Waffen in Windkraftanlagen*".⁸ Diese neue Friedensdividende ist mehr als nur ein finanzieller Gewinn, sie sollte dazu beitragen, die Ursachen von Konflikten und Ängsten zu bekämpfen - wie Klimawandel, Ungleichheit, Migration, knappe Ressourcen und Pandemien.

2.1 Stärkung des internationalen Rechts und Wiederbelebung von Verträgen im Bereich der Abrüstung, Rüstungskontrolle, Nichtverbreitung und des Waffenhandels - insbesondere des Waffenhandelsvertrags (ATT).

- Einführung strenger internationaler Regeln für die Ausfuhr und den Einsatz von **Kleinwaffen** und leichten Waffen, Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, Gewaltverbrechen und Terrorismus
- Verabschiedung einer politischen Erklärung gegen den Einsatz von Explosivwaffen in bewohnten Gebieten und Stärkung bestehender Verpflichtungen, wie der "*Erklärung über sichere Schulen*", die Schulen und Universitäten vor Angriffen schützt.

2.2 Einberufung einer **UN-Sondergeneralversammlung** zum Thema Abrüstung im Jahr 2023/2024, um eine globale Verpflichtung zur Senkung der Militärausgaben um zwei Prozent pro Jahr festzulegen und die Festlegung eines globalen Ziels zur Abschaffung von Atomwaffen, um jährlich mehr als 72 Milliarden US-Dollar freizusetzen.⁹

2.3 Nutzung der Reduzierung der Militärausgaben zur Erzielung einer "globalen Friedensdividende" zur Finanzierung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung, der UN-Friedenskonsolidierung und eines gerechten Übergangs zu klimafreundlichen Arbeitsplätzen.

- Einrichtung einer **UN-Institution für "gerechte Konversion"** und Schaffung von 575 Millionen neuen Arbeitsplätzen bis 2030 durch die Umwandlung von Arbeitsplätzen und Technologien in der Waffenindustrie in Umwelt- und Gesundheitsinnovationen sowie Impfstoffe und Behandlungen.
- Verringerung der Ausgaben für Militärpersonal durch die Schaffung von Zivildienstoptionen als Alternative zum Militärdienst.

2.4 Investitionen in die menschliche Sicherheit durch einen **neuen Gesellschaftsvertrag**, der Ungleichheit bekämpft und eine integrative, widerstandsfähigere und friedlichere Gesellschaft schafft. Den neuen Sozialvertrag schmieden durch

- die Umsetzung der Erklärung zum hundertjährigen Bestehen der ILO im Jahr 2019,
- die Abhaltung eines Weltsozialgipfels im Jahr 2025,
- die Einrichtung eines globalen Sozialschutzfonds, die Schaffung eines universellen Grundstocks an Arbeitnehmerrechten,
- die Ausarbeitung eines multilateralen verbindlichen Vertrags, der Unternehmen in der gesamten Lieferkette die Einhaltung der Menschenrechte vorschreibt,
- und die Legalisierung von mehr als einer Milliarde informeller und Plattform-Jobs .

Verstärkung des Kampfes gegen Ungleichheit durch die Einrichtung einer globalen Kommission und eines Regulierungsinstrumentes, das sich auf transnationale Steuerniveaus und -systeme, illegale Finanzströme und nationale Sozialversicherungssysteme und Besteuerung konzentriert.

8 Interview mit Hilary Wainwright im Webinar *The World After Covid-19: Invest in Peace and Development not in War and Conflict* (15.2.2022) | Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=IRZsg8ELYrY>

9 ICAN (2020) Enough Is Enough: 2019 Global Nuclear Weapons Spending. | Quelle: <https://d3n8a8pro7vhmx.cloudfront.net/ican/pages/1549/attachments/original/1589365383/ICAN-Enough-is-Enough-Global-Nuclear-Weapons-Spending-2020-published-13052020.pdf?1589365383>

3. Wiederbelebung der nuklearen Rüstungskontrolle und Abrüstung

Die Erkenntnis, dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf, erfordert die vollständige Abschaffung von Atomwaffen. Die ersten Schritte auf dem Weg zu einer umfassenden nuklearen Abrüstung müssen sofort und in gutem Glauben unternommen werden. Das Gebot, die katastrophalen humanitären Folgen eines Atomkriegs zu verhindern, sollte die internationale Gemeinschaft einen und die Dringlichkeit von Fortschritten unterstreichen.

3.1 Wiedereinführung von Rüstungskontrollverträgen, insbesondere in Bezug auf Atomwaffen und ihre Trägersysteme, z.B. des **Vertrags über nukleare Mittelstreckenwaffen** (INF).

- Moratorium für die Stationierung der landgestützten INF-Systeme in Europa als ersten Schritt
- Konkrete, zeitlich begrenzte und transparente Pläne der Vertragsparteien des **Atomwaffensperrvertrags** (NPT), die dringend entwickelt und wo dargestellt werden muss, wie sie ihrer Verpflichtung zur nuklearen Abrüstung nachkommen wollen.
- Sicherstellen, dass der Vertrag über das umfassende **Verbot von Nuklearversuchen** (Comprehensive Nuclear Test-Ban Treaty - CTBT) in Kraft tritt.
- Verhandlungen über einen Vertrag, der jede weitere Produktion von spaltbarem Material für den Einsatz in Kernwaffen verbietet.
- Wiedereinführung und Weiterentwicklung vertrauensbildender Maßnahmen, wie z.B. des **Vertrags über den Offenen Himmel**.

3.2 Aufforderung an alle Staaten, den **Vertrag über das Verbot von Kernwaffen** (TPNW) zu unterzeichnen und zu ratifizieren.

Die Atomwaffenstaaten sollten sich für den Vertrag engagieren und Beobachter zu den Treffen der Vertragsstaaten entsenden.

3.3 Dringende Fortsetzung der **Reduzierung der Kernwaffen** mit dem Ziel, alle Massenvernichtungswaffen zu beseitigen.

- Einbeziehung aller nuklear bewaffneten Staaten, vorrangig aber derjenigen mit den meisten Atomsprenköpfen
- Einstellung der Entwicklung neuer Atomwaffen sowie der Modernisierung und Aufrüstung der Atomwaffenarsenale.

Nuklear bewaffnete Staaten und Staaten mit erweiterten nuklearen Abschreckungsvereinbarungen sollten mit Nicht-Nuklearwaffenstaaten in einen ernsthaften Prozess eintreten, um zu erörtern, wie man vom Paradigma der nuklearen Abschreckung abrücken und alternative Sicherheitspolitik entwickeln kann.

3.4 Festlegung auf entschlossene Politik des **Nicht-Ersteinsatzes** aller Nuklearwaffenstaaten

3.5 Die Idee, **atomwaffenfreie Zonen** einzurichten, insbesondere im Nahen Osten/Westasien, in Nordostasien und in Europa, sollte wieder aufgegriffen werden.

3.6 Der Gemeinsame Umfassende Aktionsplan (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA), der allgemein als **Iran-Atomabkommen** bekannt ist, muss in vollem Umfang wieder in Kraft gesetzt und von allen Unterzeichnern getreu umgesetzt werden.¹⁰

¹⁰ China, Frankreich, Deutschland, Iran, Russland, Großbritannien, USA (zurückgezogen), EU

3.7 Staaten, die **Atomtests** durchgeführt haben, müssen den Opfern sofortige Hilfe leisten und die Umwelt sanieren, insbesondere für indigene Gemeinschaften.

4. Neue Militärtechnologien und Weltraumwaffen

Die digitale Revolution bringt uns Informations- und Kommunikationstechnologien, die unser Leben erleichtern, aber sie schafft auch neue Risiken. Es werden moderne militärische Waffensysteme entwickelt, die tiefgreifende Auswirkungen auf die Menschheit haben und ernste rechtliche und ethische Fragen aufwerfen. Neue Waffentechnologien müssen reguliert oder verboten werden.

4.1 Verbot von **Cyberangriffen** auf nukleare Kommando- und Kontrollsysteme, begleitet von einer Entflechtung der Kommando- und Kontrollsysteme für konventionelle und nukleare Waffen.

4.2 Verbot **autonomer Waffensysteme**, um sicherzustellen, dass Menschen die Kontrolle über Waffen und bewaffnete Konflikte behalten.

4.3 Verbot automatisierter Kommando- und **Kontrollsysteme für Kernwaffen**.

4.4 Verbot von Angriffen auf **weltraumgestützte Frühwarnsatelliten** und Frühwarnkommunikationssysteme.

4.5 Stärkung des **Weltraumvertrags** und Schaffung einer neuen Kultur der verantwortungsvollen Weltraumverwaltung, um eine weitere Militarisierung des Raums zu verhindern.

Stärkung des internationalen Weltraumrechts, um seine Nutzung für friedliche Zwecke und zum Nutzen der gesamten Menschheit zu gewährleisten.

4.6 Begrenzung der **Hyperschallraketen** und Festlegung eines Zeitrahmens für das Verbot dieser Waffen.

Die Olof-Palme-Kommission und das Konzept der gemeinsamen Sicherheit

In den frühen 1980er Jahren entwickelte die Unabhängige Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen unter der Leitung des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit. Die Idee, dass Zusammenarbeit der einzige Weg ist, um die Sicherheit zu gewährleisten, nach der sich die Menschen sehnen, wo militärischer Wettbewerb und nukleare Abschreckung versagt haben.

Olof Palmes Prämisse lautete auch, dass weniger Waffen statt mehr Waffen, zu mehr Sicherheit für alle führen. Wie der schwedische Minister für EU-Angelegenheiten, Hans Dahlgren, der für die Palme-Kommission arbeitete, sagte, "*können wir keine nachhaltige Sicherheit mit einem Gegner erreichen, indem wir sein Leben bedrohen*".¹¹

Die Unabhängige Kommission wurde 1980 eingesetzt. Sie setzte sich aus 14 hochrangigen Persönlichkeiten aus der ganzen Welt zusammen, darunter auch aus den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Bei den Mitgliedern handelte es sich überwiegend um ehemalige Politiker und Diplomaten. Mit

¹¹ Interview mit Hans Dahlgren bei dem *Common Security 2022 Launch* (14.6.2021). |
Quelle: <https://commonsecurity.org/2021/06/14/launch-event/>

einer Ausnahme - der ehemaligen norwegischen Premierministerin Gro Harlem Brundtland - waren alle Mitglieder Männer.

Zwei Jahre später veröffentlichte die Kommission nach ausführlichen Sitzungen und Untersuchungen den Bericht "Gemeinsame Sicherheit: Ein Programm für Abrüstung. Der Bericht legte die schrecklichen Folgen eines Atomkonflikts offen und entlarvte den Trugschluss, dass nukleare Abschreckung Sicherheit bietet. In dem Bericht heißt es,

"Internationale Sicherheit muss auf der Verpflichtung zum gemeinsamen Überleben beruhen und nicht auf der Drohung mit gegenseitiger Vernichtung".¹²

Zur Zeit der Palme-Kommission beherrschten die Spannungen des Kalten Krieges und die beängstigende Aussicht auf einen Atomkrieg die internationale Agenda. Die in dem Bericht vorgeschlagenen Grundsätze und Empfehlungen spiegelten die damals vorherrschende globale Dynamik wider: Der Zusammenprall zweier Supermächte - der Sowjetunion und der USA. Aus diesem Grund konzentrierte sich die Palme-Kommission fast ausschließlich auf die Nationalstaaten und die überragende Bedrohung durch nationale Militärs.

Die Empfehlungen der Palme-Kommission waren weitreichend. Sie umfassten: die Reduzierung und qualitative Begrenzung der Nuklearstreitkräfte, eine atomwaffenfreie Zone in Europa, ein Verbot von Anti-Satellitensystemen, die weltweite Einhaltung des Atomwaffensperrvertrags und die Umstellung eines großen Teils der militärischen, wissenschaftlichen und technologischen Anstrengungen auf zivile Zwecke.¹³

Das von der Palme-Kommission entwickelte Konzept der gemeinsamen Sicherheit erwies sich in den Jahren nach der Veröffentlichung des Berichts als bedeutsam. Der Präsident der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, wies im März 1986 auf die Bedeutung des Konzepts der Gemeinsamen Sicherheit hin - was den Beginn des Endes des Kalten Krieges markieren sollte.¹⁴ Doch trotz der Abrüstungsbemühungen der 1980er Jahre wurden die Ideen und Empfehlungen der Palme-Kommission größtenteils nicht befolgt oder umgesetzt.

Die Anliegen und Schwerpunkte des ursprünglichen Berichts haben im Jahr 2022 einen beunruhigenden Wiederhall gefunden. Der Kalte Krieg der 1980er Jahre, die nukleare Bedrohung und das Risiko eines Großmacht Konflikts sind in der heutigen globalen Situation wieder aktuell. Aber der Begriff der Sicherheit muss über die Nationalstaaten hinaus auf alle Menschen ausgedehnt werden. Die Menschen wünschen sich Sicherheit und haben ein Recht darauf. Vierzig Jahre nach der Palme Kommission ist die Welt auch mit neuen existenziellen Bedrohungen konfrontiert, die keine Rücksicht auf nationale Grenzen nehmen - wie der Klimawandel und Pandemien.

Gemeinsame Sicherheitsrisiken heute

Im Jahr 2022 sieht sich die Menschheit sowohl alten als auch neuen Bedrohungen und Herausforderungen gegenüber. Es gibt auch Probleme, die schon vor vierzig Jahren bekannt waren, sich aber in

¹² Independent Commission on Disarmament and Security Issues (1982)

Common Security: A Programme for Disarmament (London: Pan World Affairs). Seite ix.

¹³ Wie vor, Seite 140-181.

¹⁴ Interview mit Hans Dahlgren at the *Common Security 2022 Launch* (14.6.2021). |

Quelle: <https://commonsecurity.org/2021/06/14/launch-event/>

den letzten Jahren verschärft haben. Die russische Invasion in der Ukraine wurde von der Androhung des Einsatzes von Atomwaffen begleitet, was ein alarmierendes Echo der Rhetorik des Kalten Krieges ist. Aber es gibt auch andere Herausforderungen, vor denen die Menschheit heute steht. Die Klimakrise ist ein enormes existenzielles Risiko für die Menschheit. Gleichzeitig haben Ungleichheit und zunehmender Autoritarismus eine zersetzende und heimtückische Wirkung auf die globale Gesellschaft.

Die gemeinsamen Sicherheitsrisiken von heute lassen sich in sechs große Themenbereiche einteilen:

Herausforderungen für den Multilateralismus in einer multipolaren Welt

1982 war die Welt in zwei Lager geteilt, doch seit dem Ende des Kalten Krieges sind neue Mächte mit unterschiedlichen Interessen und Bündnissen auf die Weltbühne getreten. Doch trotz dieser geopolitischen Neuausrichtung gehen der strategische Wettbewerb und die Machtkämpfe zwischen den Nationen unvermindert weiter. Grenzen haben sich verschoben, Allianzen haben zu- und abgenommen, aber Konflikte und Gewalt bleiben konstant. Laut dem Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung wird die Zahl der Kriege zwischen 2019 und 2020 von 15 auf 21 ansteigen.¹⁵

In seiner Rede zum 75. Jahrestag der UN-Generalversammlung warnte der UN-Generalsekretär, dass *"konventionelle Kriege sich immer mehr verfestigen und schwer zu lösen sind. Die geopolitischen Spannungen eskalieren. Die Bedrohung durch die Verbreitung von Kernwaffen und die Konfrontation ist zurückgekehrt"*.¹⁶

Die entscheidenden Herausforderungen, vor denen die Welt steht, erfordern ein erneutes Engagement für strategische Zusammenarbeit durch Multilateralismus und den Aufbau von Institutionen. Doch stattdessen ist die Welt in eine neue Ära der strategischen Konfrontation und des Wettbewerbs eingetreten. Die Unverletzlichkeit von Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität von Staaten werden untergraben und missachtet.

Die russische Invasion in der Ukraine ist ein Beispiel für einen eklatanten Verstoß gegen die UN-Charta, auf der der Multilateralismus beruht. Die Gültigkeit des auf Regeln basierenden internationalen Systems ist nach wie vor gegeben, aber es befindet sich zunehmend in einer Krise, da die Regeln ignoriert und verletzt werden.

Die Achtung der Grundprinzipien des humanitären Völkerrechts ist zunehmend bedroht, wie die jüngsten Konflikte in Irak, Palästina/Israel, Jemen, Syrien und der Ukraine zeigen. In diesen Konflikten kam es zu schrecklichen Opfern unter der Zivilbevölkerung, zum Einsatz von Sprengstoff in dicht besiedelten Gebieten und zur gezielten Zerstörung von Schulen, Krankenhäusern und lebenswichtiger ziviler Infrastruktur wie der Wasser- und Energieversorgung.

Allzu oft sind militärische Lösungen die Standardreaktion auf globale Streitigkeiten. Die Rolle des *"militärisch-industriellen Komplexes"* - wenn ein Teil der Wirtschaft unangemessenen politischen Einfluss hat - muss angegangen werden, um die gemeinsame Sicherheit zu gewährleisten. Während jeglicher Pro-

15 Heidelberg Institut für Internationale Konfliktforschung (HIK 2021): *Konfliktbarometer*. |
Quelle: <https://hiik.de/konfliktbarometer/aktuelle-ausgabe/>

16 UN Generalsekretär (10.1.2021) zu: *Secretary-General's Remarks at the Commemoration of the 75th Anniversary of the First Meeting of the United Nations General Assembly* [as delivered]. |
Quelle: <https://www.un.org/sg/en/content/sg/statement/2021-01-10/secretary-generals-remarks-the-commemoration-of-the-75th-anniversary-of-the-first-meeting-of-the-united-nations-general-assembly-delivered>

fit und Reichtum, der aus Krieg und Zerstörung resultiert, moralisch verabscheuungswürdig ist, müssen die Regierungen zumindest sicherstellen, dass Militärausgaben keine selbsttragende und sich selbst reproduzierende Macht über politische Entscheidungen erlangen. Darüber hinaus sind die enormen Investitionen in militärisches Personal auf der ganzen Welt eine katastrophale Verschwendung von menschlichem Fleiß und Fähigkeiten. Weltweit beschäftigen die Vereinigten Staaten, China, Nordkorea und Russland die meisten Menschen in der Rüstungsindustrie. Fünfzig Prozent des Militärbudgets der NATO-Länder werden für Personal ausgegeben.¹⁷

Die Gleichstellung der Geschlechter bei der Suche nach Frieden und Sicherheit war ein relativ unerforschtes Thema für die Palme-Kommission. Frauen, Männer, Jungen und Mädchen sind jedoch in unterschiedlicher Weise von Sicherheitskrisen betroffen. Frauen und Kinder sind oft die ersten Anzeichen für eine humanitäre Krise. Statistiken zeigen, dass Friedensabkommen eher 15 Jahre oder länger halten, wenn Frauen am Verhandlungstisch sitzen.¹⁸ Doch zwischen 1992 und 2019 stellten Frauen im Durchschnitt nur 13 Prozent der Verhandlungsführer. Außerdem waren nur 6 Prozent der Unterzeichner in wichtigen Friedensprozessen auf der ganzen Welt Frauen.¹⁹

In einer zunehmend multipolaren Welt greifen regionale Konflikte und Notsituationen häufig auf die globale Arena über. Diplomatie und offene Kommunikationskanäle zwischen den Ländern sind wichtiger denn je - wie die Differenzen zwischen den USA und China und den USA und Russland zeigen. Taiwan und das Südchinesische Meer sind Brennpunkte der Rivalität zwischen den USA und China, wo ein Missgeschick zwischen Kriegsschiffen oder Kampfflugzeugen schreckliche Folgen haben könnte. Die Ukraine hat sich mit schrecklichen Folgen in ein Epizentrum der Konfrontation zwischen Russland und den USA/NATO verwandelt.

Im 21. Jahrhundert können Völker und Nationen nicht erwarten, dass sie sich vom Rest der Welt isolieren, um sicher zu leben. Es ist klar, dass globale Probleme nicht von einzelnen Nationen gelöst werden können, sondern nur durch multilaterale Zusammenarbeit zwischen ihnen. Doch viele Länder streben diese Zusammenarbeit nicht an, und dieser nationale Egoismus bedroht unsere gemeinsame Zukunft.

Die Palme-Kommission wollte die UNO für die Zwecke des Friedens stärken. Heute ist die Rolle der UNO bei der Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung eines der sichtbarsten Beispiele für internationale Zusammenarbeit. Doch die Autorität der Vereinten Nationen und das Vertrauen in sie als wichtigstes globales Steuerungsorgan werden zunehmend untergraben und in Frage gestellt.

Die heutige geopolitische Konfrontation wird an vielen Fronten ausgetragen. Die so genannte "*hybride Kriegsführung*" erstreckt sich auf Wirtschaft, Handel, politische Philosophie, demokratische Grundsätze, Technologie und militärische Macht. Der Einsatz von Desinformation, Stellvertretern und Cyberangriffen verwischt die Grenze zwischen Kombattanten und Zivilisten und schafft Misstrauen zwischen Nationen und Völkern.

17 Interview mit Michael Brozka von **SIPRI** bei dem Webinar *The World After Covid-19: Invest in Peace and Development not in War and Conflict* (15.2.2022). | Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=IRZsg8ELYrY>

18 **UN Women** (2015) *A Global Study on the Implementation of United Nations Security Council Resolution 1325*. | Quelle: <https://wps.unwomen.org/participation/>

19 **Council on Foreign Relations** (2020) *Women's Participation in Peace Processes*. | Quelle: <https://www.cfr.org/womens-participation-in-peace-processes/>

Schätzungsweise zwei Milliarden Menschen leben in Ländern, die von Konflikten betroffen sind, und im Jahr 2020 gab es 56 Konflikte mit staatlichem Hintergrund - eine Rekordzahl.²⁰ Es gibt auch "eingefrorene" Konflikte, die unterschiedliche Formen annehmen. Manchmal handelt es sich um Konflikte, für die in der Vergangenheit keine stabile Lösung gefunden wurde, z. B. wurde der Koreakrieg nie durch eine formelle Friedensvereinbarung beendet. In anderen Fällen geht es um umstrittenes oder besetztes Land oder Meer - Beispiele hierfür sind die Westsahara, georgische Gebiete, Berg-Karabach und Transnistrien.

Während einige dieser Konflikte zwischen einzelnen Staaten ausgetragen werden, handelt es sich bei anderen um Bürgerkriege, Aufstände und Guerilla-Aktionen - wie etwa in Zentralindien. Bei mehreren handelt es sich zum Teil um Stellvertreterkonflikte, bei denen die eigentlichen Kämpfer von globalen oder regionalen Mächten beeinflusst, beliefert oder auf deren Geheiß hin tätig werden.

Die israelische Besetzung der palästinensischen Gebiete ist noch komplexer, obwohl sie Elemente mehrerer Konflikttypen enthält. An anderen ungelösten Konflikten, z. B. zwischen Indien und Pakistan, sind Staaten beteiligt, die Atomwaffen erworben haben.

In einer multipolaren Welt muss die gemeinsame Sicherheit durch Multilateralismus gefördert werden. Eine solche Politik muss sensibel sein und auf die verschiedenen Konflikte und Regionen abgestimmt werden.

Globale Erwärmung und die Klimakrise

Neben den Atomwaffen sieht sich die Welt mit einer neuen existenziellen Bedrohung konfrontiert: der Klimakrise. Klimabedingte Risiken haben weitreichende Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschheit und des Planeten. Wenn wir nichts dagegen unternehmen, wird der Klimawandel einen großen Schatten auf das Überleben der Menschheit werfen.

Der Klimawandel hat bereits Auswirkungen auf das Leben der Menschen auf der ganzen Welt. Der globale Temperaturanstieg führt zu Dürren und Waldbränden. Der Juli 2021 war der heißeste jemals aufgezeichnete Monat, und das letzte Jahrzehnt ist das heißeste seit Beginn der Aufzeichnungen.²¹ Extreme Wetterereignisse wie Stürme und Überschwemmungen bedrohen das Leben und die Lebensgrundlage von Menschen und setzen Millionen von Menschen einer akuten Ernährungs- und Wasserunsicherheit aus, insbesondere in Afrika, Asien, Mittel- und Südamerika, in den kleinen Inselentwicklungsstaaten (SIDS) und in der Arktis.²²

Mit der Klimakrise sind viele weitere große Umweltprobleme verbunden. Der Verlust der biologischen Vielfalt und der Lebensräume sowie die Verarmung derjenigen, die einst vom Land leben konnten, sind nur einige Beispiele dafür. Andere Auswirkungen des Klimawandels, wie der Anstieg des Meeresspiegels, werden sich erst später bemerkbar machen.

20 **UNO** (Jan 2022) *Peacebuilding and sustaining peace: Report of the Secretary-General A/76/668–S/2022/66*. Para. 3, Seite 2. | Quelle:

https://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/sg_report_peacebuilding_and_sustaining_peace_a.76.668-s.2022.66.corrected.e.pdf

21 Vortragsfolien von Ulrich Eberle (Fellow, Future of Conflict, International Crisis Group) bei Webinar *There is Need for a Common Agenda for Peace and Climate* (19.10.2021). | Quelle: <https://commonsecurity.org/2021/09/30/there-is-need-for-a-common-agenda-for-peace-and-climate/>

22 The Intergovernmental Panel on Climate Change (**IPCC**) *Climate Change 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability*. | Quelle: https://report.ipcc.ch/ar6wg2/pdf/IPCC_AR6_WGII_FinalDraft_FullReport.pdf

Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung bedeutet, dass Frauen häufig für das Sammeln von Wasser und die Beschaffung von Nahrungsmitteln und Brennstoffen zuständig sind, insbesondere in ländlichen Gebieten. Dies macht Frauen unverhältnismäßig anfällig für Veränderungen bei der Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen. Dennoch sind Frauen in Bezug auf den Landbesitz und die Kontrolle über diese Ressourcen durchweg benachteiligt. Frauen von der Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen und von Strategien zur Eindämmung des Klimawandels auszuschließen, ist nicht nur offensichtlich falsch, sondern auch eine verpasste Chance. Das **Georgetown Institute for Women, Peace and Security** sagt: "*Wenn Frauen die strukturellen Hindernisse für ihre Beteiligung überwinden können, sind sie in einer einzigartigen Position, um zu einer nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, zu klimaresistenten Gemeinschaften und zu mehr Frieden und Stabilität beizutragen*".²³

Wenn Umweltprobleme - wie etwa Wassermangel - zu groß werden, kommt es zu sozialen Unruhen, Konflikten und Kriegen. Es gibt eine alarmierende Überschneidung zwischen Umweltzerstörung und Konflikten. Von den 15 Ländern, die weltweit am stärksten ökologisch bedroht sind, befinden sich derzeit 11 in einem Konflikt. Bis Ende 2020 werden 34 Millionen Menschen durch Konflikte gewaltsam aus ihren Heimatländern vertrieben. Davon stammten 68 Prozent aus den 30 Ländern, die das **Institute for Economics and Peace** als "ökologische Brennpunkte" bezeichnet.²⁴

Der Klimawandel ist ein Risikomultiplikator für alle bestehenden Anfälligkeiten und Spannungen. Der Klimawandel fördert die Ungleichheit, erhöht die Unsicherheit, destabilisiert bestehende Beziehungen, schürt die erzwungene Migration und verschärft den Wettbewerb um wichtige und knappe Ressourcen.

Der Aktivismus und die Entschlossenheit der Klimaschutzbewegung in den letzten Jahren haben jedoch Bevölkerungen und Nationen zusammengebracht. Es gibt jetzt eine Dynamik für die Zusammenarbeit zum Klimaschutz, die von der Bevölkerung getragen wird. Der Klimawandel bietet eine einzigartige Gelegenheit, kollektives Handeln für den globalen Frieden zu mobilisieren.

Ungleichheit

Die **Olof-Palme-Kommission** tagte zwischen 1980 und 1982. In den 1980er Jahren und danach wurde die neoliberale Globalisierung zum vorherrschenden Wirtschaftsmodell. Individualismus und Gewinnmaximierung, gepaart mit minimalen Investitionen in Arbeitsplätze, Löhne und soziale Sicherheit, haben in der Welt eine tickende Zeitbombe kritischer Ungleichheit hinterlassen.

Vor einem Jahrhundert wurde die **ILO** unter der Prämisse gegründet, dass "*ein universeller und dauerhafter Frieden nur dann geschaffen werden kann, wenn er auf sozialer Gerechtigkeit beruht*".²⁵ In ähnlicher Weise warnte die Palme-Kommission, dass wirtschaftliche Ungleichheit, Armut und Entbehrungen eine große Bedrohung für die Sicherheit darstellen und dass "*Frieden und Wohlstand zwei Seiten dersel-*

23 **Georgetown Institute** for Women, Peace and Security (2021)

The Climate-Gender-Conflict Nexus: Amplifying women's contributions at the grassroots. | Quelle: <https://giwps.georgetown.edu/wp-content/uploads/2021/01/The-Climate-Gender-Conflict-Nexus.pdf>

24 **Institute for Economics and Peace**

Ecological Threat Report 2021: Understanding Ecological Threats, Resilience and Peace. | Quelle: <https://www.economicsandpeace.org/wp-content/uploads/2021/10/ETR-2021-web.pdf>

25 International Labour Organization (**ILO** - deutsch: IAO 1919) *Preamble to the ILO Constitution.* |

Quelle: https://www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=1000:62:0::NO:62:P62_LIST_ENTRIE_ID:2453907:NO

ben Medaille sind".²⁶ Vierzig Jahre später wird die wachsende Einkommensschere für die zunehmende politische Polarisierung und den Aufstieg von Populismus und Nationalismus verantwortlich gemacht. Allzu oft münden politische Konflikte in Gewalt und Krieg. Soziale Unruhen, Ausgrenzung und Entfremdung führen auch zu Gewalt außerhalb von Konfliktgebieten, wie z. B. Gewalt in den urbanen Zentren, die zunehmende Macht des organisierten Verbrechens und häusliche Gewalt. Das Vorhandensein von Konflikten führt auch zu einer erhöhten Wahrscheinlichkeit von Terrorismus. Das **Institute for Economics and Peace** stellte fest, dass 97,6 Prozent der terroristischen Todesfälle im Jahr 2020 in Ländern auftraten, die von Konflikten betroffen waren, und dass "mit zunehmender Konfliktintensität auch die Tödlichkeit terroristischer Aktionen zunimmt. Terroristische Anschläge in Konfliktländern sind mehr als sechsmal so tödlich wie Anschläge in friedlichen Ländern."²⁷

Die Diskriminierung und Ausgrenzung, die heute überall auf der Welt zu beobachten sind, sind Symptome einer extrem ungleichen Welt, die die Unterschiede zwischen uns noch verschärft. Fast die Hälfte der Weltbevölkerung - 3,4 Milliarden Menschen - muss mit weniger als 5,50 Dollar pro Tag auskommen. Gleichzeitig verdienen Frauen weltweit 24 Prozent weniger als Männer und besitzen 50 Prozent weniger Vermögen.²⁸ Dem **UN-Sonderberichterstatter für extreme Armut und Menschenrechte** zufolge nimmt die globale Einkommensungleichheit zu. Seit 1980 haben die obersten 10 Prozent der Einkommensbezieher die Hälfte des Welteinkommens auf sich vereinigt, während der Anteil des obersten einen Prozent der Einkommensbezieher von 16 Prozent im Jahr 1980 auf 22 Prozent im Jahr 2000 gestiegen ist. Lateinamerika und der Nahe Osten sind die ungleichsten Regionen der Welt, in denen die obersten 10 Prozent der Verdienener 54 bzw. 56 Prozent des durchschnittlichen Nationaleinkommens auf sich vereinen.²⁹

Hinter der Ungleichheit zwischen und innerhalb von Nationen verbirgt sich eine anhaltend große Benachteiligung von Frauen. Die Ungleichheit, mit der sich Frauen in vielen Ländern konfrontiert sehen, besteht häufig darin, dass sie der Betreuung ihrer Familien den Vorrang geben und sich auf Berufe konzentrieren, die - zum Teil als Folge davon - unterfinanziert sind und daher die Einkommensungleichheit zwischen den Geschlechtern reproduzieren. Dieser Teufelskreis der Diskriminierung - und das anhaltende Problem der geschlechtsspezifischen Gewalt am Arbeitsplatz, zu Hause und in der Öffentlichkeit - führt dazu, dass Frauen von den Entscheidungsprozessen in der Gesellschaft ausgeschlossen werden, auch in Fragen von Krieg und Frieden.³⁰ Es überrascht daher nicht, dass die Frauenbewegung zwar eine führende Friedenskraft ist, Entscheidungen über Militärausgaben, Außenpolitik und Krieg jedoch in einem von Männern dominierten Umfeld getroffen werden.

26 Independent Commission on Disarmament and Security Issues (1982) *Common Security: A Programme for Disarmament* (London: Pan World Affairs). Seite 130

27 **Institute for Economics and Peace** *Global Terrorism Index 2022: Measuring the Impact of Terrorism*. Seite 5. | Quelle: <https://www.visionofhumanity.org/wp-content/uploads/2022/03/GTI-2022-web.pdf>

28 **Oxfam** International Website | Quelle: <https://www.oxfam.org/en/what-we-do/issues/extreme-inequality-and-essential-services>

29 Report of the Special Rapporteur on Extreme Poverty and Human Rights, Olivier De Schutter (Juli 2021) *The Persistence of Poverty: how real equality can break the vicious cycles*. Seite 13 | Quelle: <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N21/197/47/PDF/N2119747.pdf?OpenElement>

30 **Georgetown Institute** for Women, Peace and Security (2021) *The Climate-Gender-Conflict Nexus: Amplifying women's contributions at the grassroots*. | Quelle: <https://giwps.georgetown.edu/wp-content/uploads/2021/01/The-Climate-Gender-Conflict-Nexus.pdf>

Seit der Palme-Kommission hat es Fortschritte bei der Bekämpfung einiger Aspekte der Ungleichheit gegeben. Im Jahr 2019 erreichte die weltweite Rate der Grundschulbesuche 87 Prozent, während die Zahl der Kinder, die nicht zur Schule gehen, in den letzten zwei Jahrzehnten um mehr als 40 Prozent zurückgegangen ist.³¹ Im Jahr 2020 verzeichnete die Weltbank jedoch einen Anstieg der extremen Armut, womit sich der seit 20 Jahren anhaltende Rückgang umkehrte.³² Die COVID-19-Pandemie, der Klimawandel und bewaffnete Konflikte gehören zu den Kräften, die diesen Rückschritt bewirken.

Aktuelle und zukünftige Pandemien

COVID-19 hat eindringlich unterstrichen, dass die Welt mehr denn je voneinander abhängig ist und dass eine pandemische Bedrohung keine nationalen Grenzen kennt. In dem Maße, wie sich das Klima verschlechtert und die Biosphäre verändert, wird es wahrscheinlich häufiger und schwerwiegendere Pandemien geben.

Nach dem Auftreten von COVID-19 hat die wissenschaftliche Gemeinschaft wirksam und schnell reagiert und Impfstoffe und Behandlungsmethoden entwickelt. Probleme ergaben sich jedoch aus dem Zustand der weltweiten Handelsvereinbarungen, einschließlich des Schutzes der Rechte an geistigem Eigentum, die auf öffentlichen Investitionen beruhen und sich in einem Ausnahmezustand befinden. Unterfinanzierte Gesundheitsdienste und soziale Sicherungssysteme, gepaart mit wachsender gesundheitlicher Benachteiligung, verhinderten eine gerechte Verteilung der Impfstoffe und legten die Schwächen bei der Pandemievorsorge und -prävention offen. Die globale Gesellschaft scheint zunehmend anfällig für künftige Pandemien zu sein.

Die Ungleichheit hat sich durch COVID-19 noch verschärft. Nach Angaben von **Oxfam International** haben die zehn reichsten Männer der Welt ihr Vermögen während der Pandemie verdoppelt. Gleichzeitig geht die Organisation davon aus, dass über 160 Millionen Menschen durch die Pandemie in die Armut getrieben wurden.³³ Ungleichheiten, die bereits vor COVID-19 bestanden - in Bezug auf Einkommen und Zugang zu Bildung, Gesundheit und Impfstoffen - führten auch dazu, dass das normale Leben und die Wirtschaftstätigkeit in einigen Ländern schneller wieder aufgenommen wurden als in anderen. Eine universelle öffentliche Daseinsvorsorge und eine gerechte Verteilung des Wirtschaftswachstums sind für den Aufbau künftiger Widerstandsfähigkeit unerlässlich.

Die Pandemie und die Meinungsverschiedenheiten über die Reaktion auf COVID-19 haben auch zu Spaltungen und Konflikten geführt. Das **Institute for Economics and Peace** stellte fest, dass die zivilen Unruhen während der Pandemie zunahmen, wobei zwischen Januar 2020 und April 2021 über 5.000 gewalttätige Ereignisse im Zusammenhang mit der Pandemie verzeichnet wurden.³⁴

31 **UNICEF** (2021) *UNICEF Primary Education Data*. |

Quelle: <https://data.unicef.org/topic/education/primary-education/>

32 **World Bank** *Poverty and Shared Prosperity 2020: Reversals of Fortune*. | Quelle:

<https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/34496/211602ov.pdf>

33 **Oxfam International** (2022) *Inequality Kills: The unparalleled action needed to combat unprecedented inequality in the wake of COVID-19*. | Quelle:

<https://oxfamilibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/621341/bp-inequality-kills-170122-en.pdf;jsessionid=3B9DAB646BF719257B3C952EB46C2D0B?sequence=9>

34 **Oxfam International** (2022) *Inequality Kills: The unparalleled action needed to combat unprecedented inequality in the wake of COVID-19*. Available at:

<https://oxfamilibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/621341/bp-inequality-kills-170122-en.pdf;jsessionid=3B9DAB646BF719257B3C952EB46C2D0B?sequence=9>

Die Beschäftigung von Frauen ist von der Pandemie unverhältnismäßig stark betroffen. Dies ist besonders in den Ländern mit mittlerem Einkommen der oberen Einkommensgruppe bemerkenswert, wo "die Beschäftigungsquote der Frauen im Jahr 2022 voraussichtlich 1,8 Prozentpunkte unter dem Niveau von 2019 liegen wird, während der Unterschied bei den Männern nur 1,6 Prozentpunkte beträgt, obwohl die Beschäftigungsquote der Frauen zu Beginn 16 Prozentpunkte unter der der Männer lag".³⁵

Weitere Auswirkungen der COVID-19-Pandemie werden derzeit noch untersucht. Die IAO prognostiziert jedoch für das Jahr 2022 ein Arbeitszeitdefizit von 52 Millionen Vollzeitarbeitsplätzen. Gleichzeitig wird erwartet, dass die weltweite Arbeitslosigkeit im Jahr 2022 207 Millionen erreichen wird, was einem Anstieg um 21 Millionen gegenüber 2019 entspricht.³⁶

Autoritäre Regime - der demokratische Raum schrumpft

Das Vertrauen in die Regierungen schwindet, und der Autoritarismus nimmt zu. Weniger als 20 Prozent der Weltbevölkerung leben heute in einem Land, das Freedom House als "freies Land" definiert. Eritrea, Nordkorea, Somalia, Saudi-Arabien, Weißrussland und China gehören zu den Ländern mit den niedrigsten Bewertungen für individuelle Freiheit in der Welt.³⁷ In den letzten 15 Jahren haben sich Demokratiedefizite vergrößert, mit einer stetigen Ausweitung autoritärer Herrschaft zu Lasten der Demokratie. Der bürgerliche Freiraum, d. h. das Recht, sich zu versammeln, sich zu organisieren und zu verhandeln, ist bedroht. Nach Angaben des **V-Dem-Instituts** war der Grad der Demokratie, den der durchschnittliche Weltbürger genießt, im Jahr 2020 auf den Stand von 1990 gesunken. Weltweite Demokratisierungsprozesse finden heute vor allem in kleinen Ländern statt.³⁸

Der schrumpfende demokratische Freiraum und zunehmende Unterdrückung stellen eine Bedrohung für die menschliche Sicherheit dar und führen häufig zur Anwendung von Gewalt und Aggression. Nicht-demokratische Staaten bedrohen nicht nur den regionalen und globalen Frieden, sondern sind auch nicht in der Lage, für die Sicherheit ihrer eigenen Bürger zu sorgen. Das **Institute for Economics and Peace** stellte fest, dass sowohl die Angst vor Gewalt als auch die Gewalterfahrung in vollwertigen Demokratien geringer sind als in lückenhaften Demokratien, hybriden Regimen und autoritären Regimen.³⁹

Frauen tragen oft die Hauptlast des demokratischen Rückschritts - sie sehen sich einem verstärkten Widerstand gegen die Gleichstellung der Geschlechter und der Bedrohung früherer Fortschritte bei den Frauenrechten ausgesetzt. Die Rechte von Frauen sind in Ländern, in denen der Raum für die Zivilgesellschaft begrenzt ist oder schrumpft, besonders gefährdet.⁴⁰ Eingeschränkte Bildungs- und

35 International Labour Organization (ILO) *World Employment and Social Outlook: Trends 2022*. Seite 13. Quelle: https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms_834081.pdf

36 Quelle: wie vor

37 **Freedom House** *Freedom in the World 2021: Democracy Under Siege*. |

Quelle: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2021/democracy-under-siege>

38 **V-Dem Institute** (Varieties of Democracy) *Autocratization Turns Viral: Democracy Report 2021*. |

Quelle: https://www.v-dem.net/static/website/files/dr/dr_2021.pdf

39 **Institute for Economics and Peace**

Global Peace Index 2021: Measuring Peace in a Complex World. Seite 54.

Quelle: <https://www.visionofhumanity.org/wp-content/uploads/2021/06/GPI-2021-web-1.pdf>

40 **UN Women** (2020) *Democratic backsliding and the backlash against women's rights: Understanding the current challenges for feminist politics*. | Quelle:

<https://www.unwomen.org/sites/default/files/Headquarters/Attachments/Sections/Library/Publications/>

Beschäftigungsmöglichkeiten, Einschränkungen des Abtreibungsrechts und das Versäumnis, gegen Diskriminierung und geschlechtsspezifische Gewalt vorzugehen, tragen dazu bei, dass Frauen in Entscheidungsprozessen weniger Mitspracherecht haben und männliche Machtstrukturen reproduziert werden.

Viele Menschen haben keine Vorteile von der demokratischen Entwicklung gesehen und fühlen sich von der Gesellschaft im Stich gelassen. Diese Entfremdung hat zu einem Vertrauensverlust zwischen den Menschen und den Regierungen geführt. Da die Demokratie auf dem Rückzug ist, füllen Korruption, Populismus und Rechtsextremismus in vielen Ländern die Lücke. Die Geschichte lehrt uns, dass diese Situation zu Autokratie, Aggression und Konkurrenzdenken führt - und nicht zur Zusammenarbeit für den gemeinsamen Fortschritt. Der Aufstieg von Demagogen in Ländern auf der ganzen Welt fördert die Spaltung innerhalb und zwischen Völkern. Demokratie kann nicht länger als selbstverständlich angesehen werden, und die Bürger müssen sich ihrer Handlungsfähigkeit und Macht bewusst werden.⁴¹

Verstöße gegen demokratische Werte gehen Hand in Hand mit der Unterdrückung von Menschenrechten. Der jährliche **Global Rights Index** des Internationalen Gewerkschaftsbundes zeigt, dass die Zahl der Länder, in denen die Rede- und Versammlungsfreiheit verweigert oder eingeschränkt wird, von 56 im Jahr 2020 auf 64 im Jahr 2021 gestiegen ist. Auch die Zahl der Inhaftierungen und Verhaftungen von Arbeitnehmern hat weltweit zugenommen.⁴²

Militarisierung

Zur Zeit der ursprünglichen Kommission waren Atomwaffen eindeutig die stärkste tödliche Waffe. Leider ist die Bedrohung durch einen Atomkrieg auch im einundzwanzigsten Jahrhundert ungebrochen. Die Wissenschaftler haben die Weltuntergangsuhr für die Menschheit auf 100 Sekunden vor Mitternacht gestellt. Weltweit gibt es heute mehr als 13.000 nukleare Sprengköpfe⁴³ - Tausende davon sind sofort einsatzbereit und weitaus leistungsfähiger als die, die in Hiroshima und Nagasaki eingesetzt wurden.

Massive Investitionen in schnellere, tödlichere Atomwaffen, gepaart mit zunehmenden Spannungen zwischen nuklear bewaffneten Staaten, bilden einen gefährlichen Konfliktcocktail. Aktuell findet die Diskussion über die nukleare Bedrohung größtenteils abseits der Mainstream-Medien und der Populärkultur statt - der Klimawandel hat die Atomwaffen in der öffentlichen Wahrnehmung als vorherrschende existenzielle Gefahr abgelöst. Die Fortschritte bei der Abrüstung sind in den letzten Jahrzehnten ins Stocken geraten, und Verpflichtungen zur Reduzierung von Waffen werden missachtet. Ein besonders besorgniserregendes Gebiet ist die koreanische Halbinsel, wo die nuklearen Spannungen weiterhin hoch sind und die Militarisierung zunimmt. Erschwerend kommt hinzu, dass der Koreakrieg nie offiziell beendet wurde und es nie einen Friedensvertrag gab.

[2020/Discussion-paper-Democratic-backsliding-and-the-backlash-against-womens-rights-en.pdf](#)

41 **Freedom House** (2021) *Freedom in the World 2021: Democracy Under Siege*. |

Quelle: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2021/democracy-under-siege>

42 International Trade Union Confederation (**ITUC**) *Globaler Rechtsindex 2021*

Quelle: <https://www.globalrightsindex.org/de/2021>

43 Stockholm International Peace Research Institute (2021) *SIPRI Yearbook 2021: Armaments, Disarmament and International Security*. Seite 17. |

Quelle: https://www.sipri.org/sites/default/files/2021-06/sipri_yb21_summary_en_v2_0.pdf

Unterdessen verursacht der Einsatz konventioneller Waffen weiterhin menschliches Elend in der ganzen Welt. Die Kämpfe zwischen Staaten und militanten Islamisten in Mali, Niger und Burkina Faso forderten im Jahr 2021 mehr als 1.300 zivile Todesopfer.⁴⁴ Globale Instabilität und Unbeständigkeit, insbesondere in Afrika, behindern die wirtschaftliche und institutionelle Entwicklung und schaffen ein allgemeines Gefühl der Unsicherheit in den Gesellschaften. Die Verbreitung von Klein- und Leichtwaffen führt zu bewaffneten Konflikten und Kriminalität und verschärft diese, wie in Cabo Delgado in Mosambik, Äthiopien, Afghanistan, Haiti und Myanmar zu beobachten war.

Die wirtschaftliche und soziale Belastung durch Militärausgaben war ein zentrales Thema der Palme-Kommission. 40 Jahre später steigen die Militärausgaben weiter an und führen dazu, dass Mittel von sozialen und ökologischen Investitionen abgezogen werden. Nach Angaben des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) steigen die weltweiten Militärausgaben seit den 1990er Jahren. Im Jahr 2020 werden die weltweiten Militärausgaben auf fast 2 Billionen US-Dollar steigen, was einem realen Anstieg von 2,6 % gegenüber 2019 entspricht.⁴⁵

Die Kosten des globalen Militarismus, der von Konzerninteressen angetrieben wird, stehen in krassm Gegensatz zu den fehlenden Mitteln um andere Herausforderungen zu bewältigen. Dies führt zu einem Teufelskreis: Geld für Waffen statt für Menschen auszugeben, fördert Ungleichheit und schürt Angst und Spaltung, was noch mehr militärische Ressourcen erfordert.

Es gibt eine klare geschlechtsspezifische Dimension bei Waffen und Rüstungskontrolle. Wie das **UN-Büro für Abrüstungsfragen** feststellt, sind *"der Besitz und die Verwendung von Waffen eng mit bestimmten Ausprägungen von Männlichkeit verbunden, die mit Kontrolle, Macht, Herrschaft und Stärke zu tun haben"*.⁴⁶ Männer sind in erster Linie die Täter bewaffneter Gewalt, und im Jahr 2018 entfielen 92 Prozent der weltweiten Todesfälle durch Schusswaffen auf Männer.⁴⁷ Aber Kleinwaffen erleichtern die Gewalt gegen Frauen, häufig in Form von häuslicher und sexueller Gewalt. Darüber hinaus tragen Frauen oft die Hauptlast der indirekten Auswirkungen bewaffneter Gewalt, wie psychische Traumata, Verarmung, Ausbeutung und wirtschaftliche Belastungen.⁴⁸

Neue technologische Entwicklungen - etwa im Bereich des Cyberspace, der künstlichen Intelligenz und der Drohnen - werfen ernste rechtliche und moralische Fragen auf. Der Einsatz von Computern oder autonomen Waffensystemen zur Identifizierung militärischer Ziele stellt eine ernste Gefahr für die internationale Sicherheit dar. Man kann sich nicht darauf verlassen, dass Algorithmen über "legitime" militärische Ziele entscheiden oder das humanitäre Völkerrecht einhalten. Die Hinrichtung von Menschen durch Algorithmen ohne menschliche Kontrolle verstößt gegen die elementarsten Grundsätze des Völkerrechts und der Moral. Hinzu kommt, dass die Entscheidungszeit bei zunehmend autonomen

44 **International Crisis Group**. *Ten Conflicts to Watch in 2022*. | Quelle: <https://conflicts2022.crisisgroup.org/#:~:text=Wars%20in%20Ethiopia%20and%20Yemen,Taiwan%20and%20Iran's%20nuclear%20program> [accessed 29 March 2022]

45 Stockholm International Peace Research Institute (2021) **SIPRI Military Expenditure Database**. | Quelle: <https://www.sipri.org/media/press-release/2021/world-military-spending-rises-almost-2-trillion-2020>

46 **UNODA** (2018) *Securing Our Common Future: An Agenda for Disarmament*. Seite 39 | Quelle: <https://s3.amazonaws.com/unoda-web/wp-content/uploads/2018/06/sg-disarmament-agenda-pubs-page.pdf#view=Fit>

47 Small Arms Survey (2018) *Global Violent Deaths Database*. | Quelle: <https://www.smallarmssurvey.org/sites/default/files/resources/SAS-GVD-March-2020-update.pdf>

48 **UNODA** (2018) *Securing Our Common Future: An Agenda for Disarmament*. Seite 39. | Quelle: <https://s3.amazonaws.com/unoda-web/wp-content/uploads/2018/06/sg-disarmament-agenda-pubs-page.pdf#view=Fit>

und digitalisierten Systemen verkürzt wird und ein Fehlalarm nicht rechtzeitig erkannt werden kann, bevor die Waffe einschlägt.

Weitere neue technologische Bedrohungen sind Cyberangriffe auf nukleare Kommando-, Kontroll- und Kommunikationssysteme und die Herstellung von Hyperschallraketen - mit ihren Manövrierfähigkeiten, der Mehrdeutigkeit von Zielen und der Fähigkeit, die Radarverfolgung zu reduzieren. Infolgedessen ist das Konzept der nuklearen Abschreckung selbst für diejenigen, die an es glaubten, unzuverlässig geworden.

Vor vierzig Jahren warnte die Palme-Kommission vor der Militarisierung des Weltraums als einer gefährlichen Ausweitung des kriegerischen Wettbewerbs. Diese Vorhersage scheint sich zu bewahrheiten, denn der Weltraum wird zunehmend zu einem umkämpften und militarisierten Raum. Der Einsatz von Waffen im Weltraum, ob offensiv oder defensiv, schafft eine neue Konfliktdomäne.

Anhang

Anhang 1A - Hochrangige Beratende Kommission

Ouided Bouchamaoui - Friedensnobelpreisträger 2015 (Tunesien)

Dr. Peter Brandt - deutscher Historiker und emer. Professor für Neuere und Neueste Geschichte

Sharan Burrow - Generalsekretärin, Internationaler Gewerkschaftsbund (Australien)

Winnie Byanyima - Persönliche Teilnahme als langjährige Verfechterin von sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit (Uganda)

Saber Chowdury - Mitglied des Parlaments von Bangladesch und Ehrenpräsidentin der Interparlamentarischen Union (Bangladesch)

Helen Clark - ehemalige Premierministerin und Schirmherrin der Helen Clark Foundation (Neuseeland)

Sean Conner - Stellvertretender Exekutivdirektor, Internationales Friedensbüro (USA)

Sergio Duarte - Präsident der Pugwash-Konferenzen über Wissenschaft und Weltangelegenheiten (Brasilien)

Jan Eliasson - Ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der UN und Außenminister (Schweden)

Anna Fendley - Vorsitzende des Jugendausschusses des Internationalen Gewerkschaftsbundes (USA)

Alexey Gromyko - Direktor des Europa-Instituts, Akademie der Wissenschaften (Russland)⁴⁹

Alexander Kmentt - Diplomat und Abrüstungsexperte, der in persönlicher Eigenschaft teilnimmt (Österreich)

Rosaline Marbinah - OCSE-Sonderbeauftragte für Jugend und Sicherheit (Schweden)

Kumi Naidoo - Globale Botschafterin, Africans Rising for Justice, Peace and Dignity (Südafrika)

⁴⁹ Alexey Gromyko: Aufgrund des anhaltenden Konflikts in Europa unterstützt er nicht alle Teile des Reports, wohl aber die Empfehlungen

Trisha Shetty - CEO, SheSays und Präsidentin des Lenkungsausschusses des Pariser Friedensforums (Indien)

Liv Tørres - Internationale Sekretärin, LO Norwegen (Norwegen)

Fumihiko Yoshida - Direktor des Forschungszentrums für die Abschaffung von Atomwaffen, Universität Nagasaki (Japan)

Tong Zhao - Senior Fellow im Nuclear Policy Program der Carnegie Endowment for International Peace (China)

Anhang 1B - Lenkungsausschuss

Jeroen Beirnaert - Direktor für Menschen- und Gewerkschaftsrechte, Internationaler Gewerkschaftsbund (ITUC)

Reiner Braun - Geschäftsführender Direktor, Internationales Friedensbüro (IPB)

Philip Jennings - Ko-Vorsitzender, Internationales Friedensbüro (IPB)

Björn Lindh - Projektkoordinator, Olof Palme International Center

Clare Santry - Verfasserin des Berichts und Projektedakteurin

Anna Sundström - Generalsekretärin, Olof Palme Internationales Zentrum

Owen Tudor - Stellvertretender Generalsekretär, Internationaler Gewerkschaftsbund (ITUC)

Anhang 2 - Zusammenfassung der Webinare

Im Rahmen des Projekts "Gemeinsame Sicherheit 2022" wurden zwischen Juni 2021 und Februar 2022 sieben Podiumsdiskussionen mit Vorzeigecharakter veranstaltet. Jedes Webinar konzentrierte sich auf ein anderes Thema im Zusammenhang mit dem globalen Frieden und der Sicherheit. Diese öffentlichen Online-Debatten trugen zum Abschlussbericht bei und können auf der Website der Gemeinsamen Sicherheit 2022 verfolgt werden.⁵⁰ Wir danken allen Rednern, die an den Webinaren teilgenommen und so interessante Diskussionen angeregt haben.

Die Welt nach Covid-19: In Frieden und Entwicklung investieren, nicht in Krieg und Konflikt

(15. 2. 2022)⁵¹

Moderatorin: **Winnie Byanyima** - Leiterin von UNAIDS und ehemalige Leiterin von Oxfam International (in ihrer persönlichen Eigenschaft).

RednerInnen:

⁵⁰ Webinare **Common Security 2022** | Quelle: <https://commonsecurity.org/webinars/>

⁵¹ <https://commonsecurity.org/2021/09/30/the-world-after-covid-19-invest-in-peace-and-development-not-in-war-and-conflict/>

Dr. Michael Brozka - Assoziierter leitender Forscher, SIPRI.

Nice Coronacion - Stellvertretende Generalsekretärin des philippinischen Gewerkschaftsbundes SENTRO.

Dr. Mahmoud Mohieldin - UN-Sondergesandter für die Finanzierung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und Exekutivdirektor des IWF.

Owen Tudor - Stellvertretender Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB).

Hilary Wainwright - Autorin von *The Lucas Plan - A New Trade Unionism in the Making?* Mitarbeiterin des *Transnational Institute* und des *Institute of Development Studies*, Universität Sussex.

Cybersicherheit und Tech-Bedrohungen für den Frieden (15.12.2021)⁵²

Moderatorin: **Liv Tørres** - Internationale Sekretärin von LO Norwegen, Gewerkschaftsbund.

ReferentInnen:

Jürgen Altmann - Forscher und Dozent, Fachbereich Physik der Technischen Universität Dortmund & stellvertretender Vorsitzender des Internationalen Komitees für Roboterwaffenkontrolle (ICRAC).

Tarja Cronberg - Distinguished Associate Fellow beim Europäischen Sicherheitsprogramm des SIPRI und Vorsitzende der Finnischen Friedensunion.

Bruce Gagnon - Mitbegründer und Koordinator des *Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space*.

Michael T. Klare - Five Colleges Professor für Friedens- und Weltsicherheitsstudien. Verteidigungskorrespondent der Zeitschrift *The Nation* und Autor von *Resource Wars, Blood and Oil: The Dangers and Consequences of America's Growing Petroleum Dependency* und *All Hell Breaking Loose - The Pentagon's Perspective on climate Change*.

Frauen, Frieden und Sicherheit (17. 11.2021)⁵³

Moderatorin: **Anna Sundström** - Generalsekretärin, Olof Palme International Center

Rednerinnen:

Maritza Chan - Botschafterin, Stellvertretende Ständige Vertreterin von Costa Rica bei den Vereinten Nationen

Ann Linde - Ministerin für auswärtige Angelegenheiten, Schweden

Trisha Shetty - CEO, SheSays und Vorsitzende des Lenkungsausschusses des Pariser Friedensforums, Indien.

Wachsende Ungleichheit - eine Bedrohung für Frieden und Sicherheit? (25. 10.2021)⁵⁴

52 <https://commonsecurity.org/2021/11/03/cyber-security-and-tech-threats-to-peace/>

53 <https://commonsecurity.org/2021/09/30/women-peace-and-security/>

54 <https://commonsecurity.org/2021/09/30/growing-inequality-a-threat-to-peace-and-security/>

Moderatorin: **Anna Fendley** - Vorsitzende des IGB-Jugendausschusses.

RednerInnen:

Gabriela Bucher - Geschäftsführende Direktorin, Oxfam International.

Adolfo Pérez Esquivel - Friedensnobelpreisträger 1980. Architekt, Künstler und Aktivist.

Martha E. Newton - Stellvertretende Generaldirektorin für Politik, Internationale Arbeitsorganisation (ILO).

Omar Faruk Osman - Generalsekretär der Föderation der somalischen Gewerkschaften.

Wir brauchen eine gemeinsame Agenda für Frieden und Klima (19.10.2021)⁵⁵

Moderatorin: **Anna Sundström** - Generalsekretärin, Olof Palme International Center

RednerInnen:

Helen Clark - Ehemalige Premierministerin von Neuseeland und Schirmherrin der Helen Clark Foundation. Ausschussmitglied der SIPRI-Initiative "Umwelt des Friedens".

Ulrich Eberle - Fellow, Zukunft des Konflikts, International Crisis Group.

Kumi Naidoo - Globale Botschafterin, Africans Rising for Justice, Peace and Dignity.

Margot Wallström - Ehemalige Außenministerin, Schweden. Vorsitzende des Gremiums der SIPRI-Initiative "Umwelt des Friedens".

100 Sekunden bis Mitternacht - Wie man mit der nuklearen Bedrohung umgeht (16.8.2021)⁵⁶

Moderatorin: **Dr. Helen Durham** - Direktorin für internationales Recht und Politik, Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK).

RednerInnen:

Srishty Aware - Jugendleiter des Indian Institute for Peace Disarmament & Environmental Protection.

Sergio Duarte - Präsident der Pugwash Conferences on Science and World Affairs und ehemaliger Hoher Beauftragter der UN für Abrüstungsfragen.

Dr. Rebecca Johnson - Gründungspräsidentin der International Campaign Against Nuclear Weapons (ICAN) und Exekutivdirektorin des Acronym Institute for Disarmament Diplomacy.

Alexander Kmentt - Österreichischer Diplomat und Leiter der Abteilung Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung im österreichischen Außenministerium.

Fumihiko Yoshida - Gastwissenschaftler am Carnegie Endowment for International Peace und Treuhänder der Sasakawa Peace Foundation.

⁵⁵ <https://commonsecurity.org/2021/09/30/there-is-need-for-a-common-agenda-for-peace-and-climate/>

⁵⁶ <https://commonsecurity.org/2021/08/16/100-seconds-to-midnight-how-to-handle-the-nuclear-threat/>

Gemeinsame Sicherheit 2022: Auftaktveranstaltung (14.6.2021)⁵⁷

Moderatorin: **Anna Sundström** - Generalsekretärin, Olof Palme International Center

RednerInnen:

Sharan Burrow - Generalsekretärin, Internationaler Gewerkschaftsbund (ITUC).

Saber Chowdhury - Mitglied des Parlaments von Bangladesch und Ehrenpräsident der Interparlamentarischen Union.

Hans Dahlgren - Minister für EU-Angelegenheiten, Schweden.

Stefan Löfven - Ehemaliger Ministerpräsident von Schweden.

Kumi Naidoo - Globale Botschafterin, Africans Rising for Justice, Peace and Dignity.

Anhang 3 - Grundsätze der Palme-Kommission

Die sechs ursprünglichen Grundsätze der Palme-Kommission lauteten:⁵⁸

1. Alle Nationen haben ein legitimes Recht auf Sicherheit
2. Militärische Gewalt ist kein legitimes Mittel zur Lösung von Streitigkeiten zwischen Nationen
3. Zurückhaltung ist notwendig, wenn es darum geht, die nationale Politik zum Ausdruck zu bringen
4. Sicherheit kann nicht durch militärische Überlegenheit erlangt werden
5. Reduzierungen und qualitative Begrenzungen der Rüstung sind für die gemeinsame Sicherheit notwendig
6. Verknüpfungen zwischen Rüstungsverhandlungen und politischen Ereignissen sollten vermieden werden

Anhang 4 – Wichtige globale Dokumente

Es gibt eine Vielzahl von Reihe von Berichten und Initiativen für das Streben nach gemeinsamer Sicherheit als wichtige Meilensteine, die es zu bündeln gilt. Einige der wichtigsten und relevantesten Dokumente sind:

- Die **Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung** der Vereinten Nationen ist ein Aktionsplan für weltweiten Frieden und Wohlstand. Das Herzstück der Agenda sind die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung, die als "*umfassende, weitreichende und auf den Menschen ausgerichtete universelle und transformative Ziele und Vorgaben*" beschrieben werden.⁵⁹

⁵⁷ <https://commonsecurity.org/2021/06/14/launch-event/>

⁵⁸ Quelle: Independent Commission on Disarmament and Security Issues (1982) Common Security: A Programme for Disarmament (London: Pan World Affairs). Seite ix.

⁵⁹ **UNO** (2015) *Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development*.
Quelle: <https://sdgs.un.org/2030agenda>

- Der im September 2021 veröffentlichte Bericht "*Unsere gemeinsame Agenda*" des UN-Generalsekretärs enthält eine Vision für die globale Zusammenarbeit in den nächsten 25 Jahren. Die Empfehlungen beziehen sich auf vier große Bereiche: "*erneuerte Solidarität zwischen den Völkern und künftigen Generationen, ein neuer, in den Menschenrechten verankerter Gesellschaftsvertrag, bessere Bewirtschaftung kritischer globaler Gemeingüter und globale öffentliche Güter, die gerecht und nachhaltig für alle bereitgestellt werden*".⁶⁰
- Das **Pariser Abkommen**, das 2015 auf der COP21 in Paris verabschiedet wurde, ist ein rechtsverbindlicher internationaler Vertrag zum Klimawandel. Das wegweisende Abkommen brachte alle Nationen in der Verpflichtung zusammen, den Klimawandel und seine Auswirkungen zu bekämpfen.⁶¹
- Der **Vertrag über das Verbot von Nuklearwaffen** (TPNW) war das Ergebnis einer Konferenz der UN-Generalversammlung 2017. Der Vertrag verbietet die Beteiligung von Staaten an Atomwaffenaktivitäten. Die Staaten müssen sich verpflichten, niemals "*Kernwaffen oder andere nukleare Sprengkörper zu entwickeln, zu testen, zu produzieren, herzustellen, anderweitig zu erwerben, zu besitzen oder zu lagern*." Bislang haben 86 Staaten den Vertrag unterzeichnet.⁶²
- Der neueste Bericht des **Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen** (IPCC) mit dem Titel *Climate Change 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability* wurde im März 2022 veröffentlicht. Der Bericht untersucht die Auswirkungen des Klimawandels auf die Natur und die Menschen rund um den Globus. Er untersucht auch künftige Risiken und "*bietet Optionen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Natur und Gesellschaft gegenüber dem anhaltenden Klimawandel*".⁶³
- Das Projekt Klimawandel und Sicherheit des **Stockholmer Friedensforschungsinstituts** (SIPRI) "*zielt darauf ab, das Wissen darüber zu vertiefen, wie, wann und warum klimabedingte Sicherheitsrisiken entstehen und wie diese Risiken gemildert werden können, um die menschliche Sicherheit und den langfristigen, nachhaltigen Frieden zu stärken*".⁶⁴ Die Forschung untersucht auch die Reaktionen von Regierungen und internationalen Organisationen auf klimabedingte Sicherheitsrisiken. Das schwedische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten finanziert das Projekt.

60 UNO (2021) *Our Common Agenda – Report of the Secretary-General*. |

Quelle: <https://www.un.org/en/content/common-agenda-report/>

61 UNO (2015) *Pariser Abkommen*

Quelle: https://unfccc.int/sites/default/files/english_paris_agreement.pdf

62 UNO (2017) *Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons*. | Quelle: <https://treaties.unoda.org/t/tpnw>

63 The Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2022)

Climate Change 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability.

Quelle: https://report.ipcc.ch/ar6wg2/pdf/IPCC_AR6_WGII_FinalDraft_FullReport.pdf

64 SIPRI Climate Change and Security Webseite. Quelle: <https://www.sipri.org/research/peace-and-development/climate-change-and-risk/climate-change-and-security> [accessed 29 March 2022]